An das Stadtparlament

Winterthur

Beantwortung der Schriftlichen Anfrage betreffend Sensibilisierung zu Hass an Schulen eingereicht von Stadtparlamentarierin K. Hager (SP)

Am 24. Februar 2025 reichte Stadtparlamentarierin Katja Hager (SP) folgende schriftliche Anfrage ein:

«Hassdelikte nehmen in der Schweiz zu – Prävention und Sensibilisierung sind wichtiger denn je¹. Winterthur hat mit der Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention eine wichtige Institution diesbezüglich gegründet². Auch die Stadtpolizei engagiert sich und ermutigt Betroffene von Hate Crimes, sich bei ihnen zu melden³. Die Jugendpolizei kümmert sich um die jüngeren Altersgruppen und besucht Schulen für allgemeine Lektionen über Gefahren in Chatrooms, Mobbing, Sexting etc.⁴.

Beim Thema Hass ist der Kanton Bern einen Schritt weiter gegangen. Um die Präventionsarbeit zu stärken, hat er die Initiative "Gemeinsam gegen Hass" gestartet⁵. Ziel ist, Hasskriminalität entschieden und breit abgestützt zu bekämpfen. Die Initiative will die Sensibilisierung in der Bevölkerung, insbesondere an Schulen, verstärken.

Gerade der Fokus auf die Schule ist sinnvoll. Die Kinder und Jugendlichen befinden sich in einer prägenden Entwicklungsphase – sowohl potenzielle Täter:innen wie auch Betroffene – weshalb Prävention in diesem Alter besonders wichtig und wirksam ist. Zudem ist an Schulen ein sicheres Lernumfeld wichtig, sowohl für Schüler:innen als auch Lehrpersonen.

Hass im Klassenzimmer stellt eine erhebliche Herausforderung dar: Lehrpersonen müssen mit schwierigen Situationen umgehen und konstruktive Diskussionen ermöglichen, während Hass für Schüler:innen ein Gefühl der Unsicherheit schafft. Entsprechend ist es essentiell, Prävention von Hass gerade in diesen Entwicklungsphasen und in der Schule anzugehen.

Präventionsarbeit gegen Hass ist eine wichtige, aber schwierige und intensive Aufgabe. Aus diesem Grund haben wir die folgenden Fragen an den Stadtrat:

- 1. Wie schätzt der Stadtrat die Situation in Winterthurer Schulen betreffend Hass ein?*
- 2. Welche Kennzahlen zu Hate Crimes in Winterthur, insbesondere an Schulen, gibt es und wie entwickeln sie sich seit 2016?*
- 3. Welche präventiven Massnahmen zu Hass und Hate Crimes werden an Winterthurer Schulen bereits regelmässig umgesetzt?*
- 4. Welche Unterstützung und (schulischen) Ressourcen wie Lehrmittel, Zeit für Gespräche, finanzielle Mittel für Workshops etc. erhalten die Lehrpersonen, Eltern, Schüler:innen in diesem Thema, speziell auch im Bereich Digitalität, und sind weitere Unterstützungsmassnahmen geplant?*
- 5. Welche zusätzliche Unterstützung braucht es für Lehrpersonen, Eltern und Schüler:innen, gerade auch im Zeitalter der Digitalität?»*

¹ <https://www.srf.ch/news/schweiz/praevention-gegen-hassdelikte-hitlergruss-im-schulzimmer-jetzt-reagiert-der-kanton-bern>

² <https://stadt.winterthur.ch/gemeinde/verwaltung/soziales/soziale-dienste/praevention-und-suchthilfe/fachstelle-extremismus>

³ <https://stadt.winterthur.ch/gemeinde/verwaltung/sicherheit-und-umwelt/stadtpolizei/unsere-dienste/hate-crime>

⁴ https://parlament.winterthur.ch/_docn/4875220/2023.65W.pdf

⁵ <https://www.police.be.ch/de/start/themen/vergehen---verbrechen/gewalt/hatecrime/initiative.html>

Der Stadtrat erteilt folgende Antwort:

Die Beantwortung der vorliegenden schriftlichen Anfrage fällt in den Zuständigkeitsbereich der Schulpflege.

Zur besseren Einordnung der nachfolgenden Antworten werden zunächst zentrale Begriffe definiert/erläutert und ein allgemeiner Überblick über das Thema gegeben.

Hate Crimes bzw. Hassdelikte sind Straftaten. In den meisten Fällen beziehen sich diese Taten auf die tatsächliche oder zugeschriebene Zugehörigkeit der Opfer zu einer ethnischen, religiösen, sexuellen oder anderen gesellschaftlichen Minderheit und sie werden aufgrund von Vorurteilen oder Ablehnung gegenüber diesen bestimmten Gruppen begangen. Entscheidend für die Einstufung als Hassdelikt ist die Motivation der Täterschaft, die durch eine feindliche oder abwertende Haltung gegenüber der betroffenen Gruppe geprägt ist. Hassbedingte Straftaten können beispielsweise verbale und körperliche Angriffe, Sachbeschädigungen, Drohungen, Einschüchterung, sexuelle Übergriffe sowie schwerwiegendere Delikte wie Morddrohungen oder Mord umfassen.

Hate Speech im spezielleren bezeichnet abwertende oder diskriminierende Äusserungen, Beleidigungen oder Drohungen gegenüber bestimmten Personen und Personengruppen, die sowohl mündlich als auch schriftlich erfolgen. Insbesondere soziale Medien tragen durch die hohe Reichweite und die vermeintliche Anonymität zur schnellen Verbreitung entsprechender Inhalte bei.

In der Schweiz regelt Artikel 261 des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 21. Dezember 1937 (SR 311.0, StGB) die Bestrafung für öffentliche Aufrufe zu Hass oder Diskriminierung aufgrund von Rasse, Ethnie, Religion oder sexueller Orientierung.

Eine einheitliche rechtliche Definition von Hassdelikten bzw. Hate Speech und Hate Crime existiert nicht. Die zugrunde liegenden Straftatbestände bei Hassdelikten – bspw. Beschimpfung (Art. 177 StGB), Drohungen (Art. 180 StGB), Sachbeschädigungen (Art. 144 StGB) oder Körperverletzungen (Art. 122 ff. StGB) – können generell auch unabhängig einer hassbedingten Motivation der Täterschaft begangen werden. Daher ist die Ermittlung des Tatmotivs und die Prüfung möglicher diskriminierender oder vorurteilsgeleiteter Hintergründe der Straftat entscheidend für die Einstufung als Hassverbrechen.

Im Kanton Zürich lag die Zahl der Gewaltdelikte im Jahr 2023 auf vergleichsweise hohem Niveau. Dies ist teils auf das Bevölkerungswachstum aber auch auf ein verändertes Anzeigeverhalten zurückzuführen).¹ Die häufigsten einfachen Gewaltdelikte wie Tötlichkeiten, einfache Körperverletzungen und Drohungen sind entweder rückläufig oder haben sich im Vergleich zu den Vorjahren nicht markant verändert. In der Stadt Winterthur stiegen die Körperverletzungsdelikte um 17 Prozent, insbesondere durch vermehrte Straftaten unter Minderjährigen. Es ist jedoch zu beachten, dass eine Dunkelziffer besteht.

Verschiedene nicht staatliche Organisationen in der Schweiz dokumentieren themenspezifische Beratungsfälle bei Hassdelikten, welche keine strafrechtliche Anzeige zur Folge hatten. Dabei ist seit Beginn der Aufzeichnung der Beratungsgespräche im Jahr 2008 jährlich eine Zunahme der gemeldeten Vorfälle zu erkennen, was auf eine Erhöhung der strafrechtlich relevanten Taten hindeutet. Queere Organisationen wie Pink Cross und Lesbenorganisation Schweiz meldeten im Jahr 2023 305 Fälle von LGBTQIA-feindlichen Angriffen, was einem Zuwachs um 125 % gegenüber der Vorjahresperiode entspricht (2022: 135 gemeldete Vorfälle).² Der Rassismusbericht 2023 der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) erfasste 876 rassistisch motivierte Vorfälle, was eine Steigung um 24% gegenüber der Vorjahresperiode bedeutet (2022: 708

¹ Vgl. Polizeiliche Kriminalstatistik, Kanton Zürich 2023.

² Hate Crime Bericht 2024, Bericht über das Monitoring LGBTIQ-feindlicher Diskriminierung und Gewalt in der Schweiz 2023. Bern, 2024.

gemeldete Vorfälle).³ Die am häufigsten gemeldeten Diskriminierungsmotive sind dabei allgemeine Ausländerfeindlichkeit/Fremdenfeindlichkeit mit 387 Nennungen, gefolgt vom Anti-Schwarzen Rassismus mit 327 Nennungen und 69 Nennungen des Rassismus gegen Menschen aus dem arabischen Raum und des antimuslimischen Rassismus mit 62 Nennungen. Ebenfalls häufig genannt werden Rechtspopulismus mit 53 und Antisemitismus mit 46 Meldungen.

Die Ursachen für den Anstieg von Hassdelikten sind vielfältig. Krisensituationen können zu gesellschaftlichen Spannungen führen, in denen einzelne Gruppen für bestehende Probleme verantwortlich gemacht werden. Soziale Medien verstärken diese Dynamik durch algorithmische Filterblasen, welche polarisierende Inhalte verstärken und verschiedene gesellschaftliche Gruppen in ihren jeweiligen Perspektiven bestärken. Allgemeine Unsicherheit und Frustration in herausfordernden Zeiten können die gesellschaftliche Spaltung vertiefen. Krisen wie die Klimaveränderung, Pandemien oder wirtschaftliche Unsicherheiten beeinflussen das Leben vieler Menschen erheblich. Ohne ein umfassendes Verständnis der vielschichtigen Zusammenhänge wird häufig nach vereinfachten Ursachen gesucht, wobei einzelne Gruppen oftmals unbegründet verantwortlich gemacht werden.

Wie auch bei allgemeinen Gewaltdelikten bleibt die Auseinandersetzung mit Hate Crimes und Hate Speech eine gesellschaftliche Herausforderung, die eine differenzierte Betrachtung und vielfältige Lösungsansätze erfordert. In der Stadt Winterthur ist bei strafrechtlich relevanten Vorfällen die Stadtpolizei zuständig. Zur Prävention und Sensibilisierung bezüglich Hassdelikte im Jugendalter führt die Jugendpolizei sowie die Abteilung Prävention und Frühintervention Präventionsprojekte und -unterricht an der Volksschule durch. Dabei ist gerade in der Schule eine Haltung der Nulltoleranz gegenüber hassbedingten Grenzverletzungen relevant.

Zu den einzelnen Fragen:

Zur Frage 1:

«Wie schätzt der Stadtrat die Situation in Winterthurer Schulen betreffend Hass ein?»

In der Regel werden gesellschaftliche Entwicklungen im Schul- und Betreuungsalltag spürbar. Im Schulalltag werden nur vereinzelte Vorfälle von Hate Speech festgestellt und es ist keine signifikante Zunahme von Hassdelikten erkennbar (siehe auch Frage 2).

Die Schulpflege hat für die laufende Legislatur hierzu das Ziel gesetzt, dass die Schulen das Wohlbefinden der Schülerinnen und Schüler und das Lernklima zugunsten der psychischen Gesundheit der Schüler:innen fördern. Die Schulen verfolgen mit ihren Schulprogrammen Themen des Zusammenlebens und der psychischen Gesundheit. Letztere werden gestützt auf den Lehrplan 21 im Unterricht behandelt und durch die Lehrpersonen, die Schulsozialarbeit und die Schulleitungen aufgenommen. Dabei erhalten die Schulen Unterstützung von der Leitung Bildung, dem Departement Schule und Sport, sowie weiteren städtischen Akteur:innen wie die Jugendpolizei sowie die Fachstelle für Extremismus- und Gewaltprävention.

³ Auswertungsbericht 2023: Rassismusevorfälle aus der Beratungsarbeit. Eidgenössische Kommission gegen Rassismus. Bern, 2024.

Zur Frage 2:

«Welche Kennzahlen zu Hate Crimes in Winterthur, insbesondere an Schulen, gibt es und wie entwickeln sie sich seit 2016»

Die Stadtpolizei Winterthur erfasst die Fallzahlen zu Hassdelikten nicht separat. Sie werden unter anderen Tatbeständen gegen Leib und Leben (siehe Einleitung) erfasst. Im polizeilichen Reportsystem „Polis“ besteht jedoch die Möglichkeit, im Kommentarfeld beziehungsweise in der Infozeile den Verweis „Hassdelikt“ zu vermerken.

In Winterthur gab es bisher sehr wenige Vorfälle. In den vergangenen zwei Jahren wurden lediglich zwei entsprechende Verfahren erfasst. Diese beiden Straftaten wiesen keinen Bezug zur Schule auf.

Auch die Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention der Stadt Winterthur erhebt keine spezifischen Kennzahlen zu Hassdelikten. Sie kategorisiert jedoch die eingegangenen Anfragen einzig nach Region, Risikoeinschätzung und Herkunft der Anfrage. Generell ist die Polizei die primäre Anlaufstelle bei Hassdelikten.

Zur Frage 3:

«Welche präventiven Massnahmen zu Hass und Hate Crimes werden an Winterthurer Schulen bereits regelmässig umgesetzt»

Die Jugendpolizei Winterthur bietet Präventionsunterricht vor allem für städtische Schulen an und besucht jährlich rund 100 Klassen der 5. Primarstufe und der 1. Oberstufe. Die thematischen Schwerpunkte liegen aktuell auf sozialen Medien und Cybermobbing.

Die Schulen in Winterthur setzen sich aktiv mit den Themen Diskriminierung, respektvolles Miteinander und den Herausforderungen digitaler Medien auseinander. Im Unterricht werden diese Aspekte insbesondere in den Fächern Ethik, Religionen, Gemeinschaft (ERG) sowie Medien und Informatik (MI) behandelt. Die Schüler:innen lernen gesellschaftliche Vielfalt zu reflektieren, Regeln für ein friedliches Zusammenleben zu verstehen und sich sicher sowie verantwortungsvoll im digitalen Raum zu bewegen. Dabei werden sie für die Auswirkungen von Hassrede, Cybermobbing und Diskriminierung sensibilisiert. Durch präventive Massnahmen wird ein bewusster und respektvoller Umgang miteinander gefördert. Zudem führen die Schulen nach Bedarf weitere Präventionsmassnahmen durch, zum Beispiel in Form von Projektwochen. Eltern werden zudem regelmässig auf das Angebot von Elternbildungsanlässen zum Thema Medienerziehung der städtischen Gruppe Netizen hingewiesen.

Die Schulsozialarbeit der Stadt Winterthur (SSA) unterstützt dabei die Schulen präventiv und intervenierend bei Mobbing bzw. Cybermobbing-Themen. So bieten die SSA sowohl präventive, als auch intervenierende Unterstützung und Beratung beim Thema Mobbing auf Schüler:innen-, Lehrpersonen- und Elternebene an.

Die Abteilung Prävention und Frühintervention unterstützt Schulen bei der Planung und Umsetzung von Projekten und berät bei individuellen Anliegen. Die Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention (FSEG) der Stadt Winterthur bietet beispielsweise mit der Schulkinoveranstaltung „Extremismus im Zoom“ Angebote zur Bearbeitung von Themen wie Diskriminierung, Rollenbilder oder Gruppendruck und engagiert sich in städtischen Programmen wie den „Aktionstagen für Respekt und Vielfalt!“, sowie bei Informationsveranstaltungen für Personen in der Schulpraxis zu entsprechenden Themen aus dem Schulalltag.

Zu Frage 4:

«Welche Unterstützung und (schulischen) Ressourcen wie Lehrmittel, Zeit für Gespräche, finanzielle Mittel für Workshops etc. erhalten die Lehrpersonen, Eltern, Schüler:innen in diesem Thema, speziell auch im Bereich Digitalität, und sind weitere Unterstützungsmassnahmen geplant?»

Fachpersonen, Eltern und Erziehungsberechtigten steht eine Vielzahl an Materialien zur Verfügung, um gerade im Themenbereich der Digitalität Kinder und Jugendliche zu begleiten. Die interdisziplinäre Gruppe Netizen stellt dazu eine Broschüre mit Anregungen und weiterführenden Informationen zur Verfügung.⁴ Im Unterricht ist anlässlich der Vorgaben im Lehrplan (siehe auch Frage 3) dafür Zeit vorgesehen. Die Schulen können ferner im Rahmen ihrer Schulentwicklungsarbeit dafür vorgesehene Mittel aus dem Schulkredit verwenden, um spezifische Anlässe oder den Beizug von Fachpersonen zu ermöglichen. Zudem können die Fachpersonen der Schulsozialarbeit ebenfalls als Ressource beigezogen werden. Die aktuellen Angebote decken den Bedarf der Schulen ab.

Zu Frage 5:

«Welche zusätzliche Unterstützung braucht es für Lehrpersonen, Eltern und Schüler:innen, gerade auch im Zeitalter der Digitalität.»

Die Schulpflege gibt für die laufende Legislatur u.a. folgendes Ziel vor: «Die Schule Winterthur nimmt den Wandel in unserer Gesellschaft in den Schul- und Unterrichtsalltag auf. Sie findet im pädagogischen Alltag praxistaugliche Antworten auf gesellschaftliche Entwicklungen mit Schwerpunkt auf den digitalen Wandel. So unterstützt die Schule ihre Schülerinnen und Schüler bei der Bewältigung der damit einhergehenden Herausforderungen». Ausgehend davon haben die Schulen in Zusammenarbeit mit dem Departement Schule und Sport ein gemeinsames Verständnis zu «Digitalität» ausgearbeitet. Parallel dazu sind in der Schulorganisation PICTS-Teamleitungen etabliert worden, ein pädagogischer ICT-Support, welcher die dafür spezialisierten Lehrpersonen in den Schulen (PICTS) fachlich begleitet und beraten. Etwaiger Unterstützungsbedarf bei den Lehrpersonen steht in jeder Schule niederschwellig zu Verfügung.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

M. Künzle

Der Stadtschreiber:

A. Simon

⁴ <https://stadt.winterthur.ch/themen/leben-in-winterthur/bildung-und-schule/ausserschulische-beratung/netizen/stark-mit-digitalen-medien>